

Antifaschistischer Kampf

Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg

Der Rote Stern

Verlagspreis 10 Pfennig

12. Jahrgang, Nr. 210

Halle, Montag, den 12. September 1932

Frauen mobilisieren gegen den Hunger!

Betriebsarbeiterinnen gegen Papennotverordnung

Halle, den 12. September.

Aus allen Teilen des Bezirks waren gestern die Delegierten aus Betrieben und von den Stempel- und Werksfrauen sowie zahlreiche Arbeiterinnen, deren Männer noch im Produktionsprozess ausgebeutet werden, massenweise gekommen, um zu mobilisieren und mit neuer Kraft an die Führung der täglichen Kämpfe...

Die Teilnehmerinnen der Betriebsarbeiterinnenkonferenz Halle-Merseburg haben sich mit großer Begeisterung aufgenommen, waren die Vorträge der Genossinnen aus verschiedenen Großbetrieben, die sich von Beispielen zeigten, wie der geschlossene Kampf von Arbeiterinnen juristisch durchzuführen ist...

Die bürgerliche Presse berichtet, dass am 6. September in Erfurt ein Hungerstreik ausbrach, der von den Arbeiterinnen der Eisenwerke geleitet wurde...

Hungernde vor Rathhäusern

Die bürgerliche Presse berichtet, dass am 6. September in Erfurt ein Hungerstreik ausbrach, der von den Arbeiterinnen der Eisenwerke geleitet wurde. Die Teilnehmerinnen der Betriebsarbeiterinnenkonferenz Halle-Merseburg haben sich mit großer Begeisterung aufgenommen...

Hitler gesteht die Tolerierung Papens

Abolf Stiller hat am 7. September im Zirkus Kranz in München die Tolerierung der Papen-Regierung durch die Nazis offen zugegeben. Wörtlich erklärte er in feiner Rede:

„Wenn Papen glaubt, daß sich die nationalsozialistischen Wähler ihm gegenüber neutral verhalten, so ist das eine falsche Spekulation. Die Partei hat sich nur neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe.“

„Neutral verhalten“ — das heißt tolerieren! Dieses Eingeständnis Stillers zeigt, was von den radikalen Hebesarten der Nazipresse gegen die Notverordnung und gegen Papen zu halten ist.

Es läßt sich nicht mehr leugnen: Die Nationalsozialisten haben Papen in den Sattel geholt. Sie tragen deshalb die Hauptverantwortung für die Notverordnungen. Es gibt:

Ohne Hitler keine Papen-Regierung und keine Papen-Notverordnung!

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr...“

Halle, den 12. September.

In wachsendem Maße nimmt die deutsche Vorkriegs-Kurs auf den imperialistischen „Ausweg“ aus der Krise. Das Memorandum der Papen-Schleicher-Regierung, welches sich mit der Frage der Aufrüstung befaßt, fordert u. a. folgendes:

„Was das Wehrsystem betrifft, so kommt es dabei einmal auf organisatorische Veränderungen, wie z. B. Umstrukturierung der aktiven Dienstleistungen und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht an; zum anderen auf die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes.“

Die nächsten Aufrüstungsmaßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung gehen alle dahin, die jetzt 15-jährige Dienstzeit herabzusetzen und die Zahl der militärisch Ausgebildeten zu vergrößern. In dem Memorandum wird ferner die Ausrichtung der Reichsmarine mit Tanks, Bombenflugzeugen, Luftminen, Geschützen und für die Reichsmarine die Ausrüstung mit U-Booten gefordert. In Ergänzung dieses Memorandums hat Schleicher vor einigen Tagen in Preußen Pressevertretern gegenüber gesagt:

„Ich kann Ihnen nur erklären, daß Deutschland in jedem Falle das durchzuführen wird, was für seine nationale Verteidigung notwendig ist... Jomohl, auf jeden Fall!“

In dieser Stelle soll nur betont werden, daß zu dem leicht erkennbaren innenpolitischen Zweck dieser Aufrüstungsaktion jener außenpolitischen hinausformt, der in dem vor einigen Tagen in der der französischen Regierung nahegestellten Zeitung „Matin“ Artikel des deutschen Admirals a. D. Raich in aller Eindeutigkeit ausgedrückt wurde. Dieser Artikel trug die bezeichnende Überschrift: „Das Reich will seine Arme nur zum Schutz gegen den Bolschewismus ausbauen.“

Die Sozialdemokratie, der ADGB und das Reichsbanner stehen in dieser imperialistischen Front. Hier die Beweise: Am 4. September erklärte Solmann in einer Versammlung in Köln:

„Die Sozialdemokratie wird die Wehrpflicht rein sachlich und nüchtern prüfen... Der Sozialismus will keine Aufrüstung aber (!) er will auch nicht, daß auf irgend einem Gebiet der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verzwängt wird. Wir stellen fest: Wir sind nicht gebunden an die Reichswehr in ihrer jetzigen Form, ihren Rekrutierungsmethoden und ihrer langen Dienstzeit.“

„Sachlich und nüchtern“ drückt sich auch Leipart aus, der in

Der 1. Oktober bringt?

Kampf mit der Papen-Regierung

Was wird heute im Reichstag sprechen — Die Krise verschärft sich — Verstärkt ihr die Antifaschistische Aktion? — Betriebe mobil für Arbeit, Brot und Freiheit!

(Eig. Ber.) Berlin, 12. September.

Das Truhtkapital führt kein sozial-reaktionäres Wirtschaftsprogramm, die ungeheure Notverordnung, welche die Arbeiterklasse in die Niederhaltung der Arbeiterlöhne verwickelt, ist die Folge der imperialistischen „Ausweg“ der Wäffen auf den imperialistischen „Ausweg“.

Vor dem 15. Jahrestag

der siegreichen russischen Revolution

Die Stalinalin (Autonomes Gebiet in Sibirien) wird ein Industriezentrum entstehen. Die Beherrschung der Welt wird durch die Sowjetunion erreicht. Die Beherrschung der Welt wird durch die Sowjetunion erreicht. Die Beherrschung der Welt wird durch die Sowjetunion erreicht.

oder zu einer Auflösung kommt, durch die die Papen-Regierung den Bestimmungen vorbeugen will, ist ungewiß. Die Bourgeoisie möchte Reichstagsauflösung vermeiden, da sie auf Grund der außerparlamentarischen Mobilisierung der Wäffen durch die KPD Gelegenheit der Wahlkampagne ein politisches Verbot der Mobilisierung der Wäffen und eine verstärkte Gegenwehr gegen Hunger und Faschismus beabsichtigt. Trotzdem kann es zur Reichstagsauflösung kommen, da die Papen-Regierung auf jeden Fall zu bleiben gewillt ist und für die bürgerlichen Parteien mit Wäffenanbahn, speziell für die NSDAP, ein offenes Tolerieren Papens bei Verlegung des Reichstages angeht.

Das Zentrum ist zu einer offeneren Tolerierung Papens bereit, wenn es dafür entsprechende Positionen bekommt. Die SPD unterstützt unter oppositionellem Deckmantel die Papen-Diktatur.

Nur die KPD kämpft gegen Papen-Programm, gegen Hungerfaschismus und imperialistische Aufrüstung. Die KPD wird im Reichstag der Vorkämpfer der Wäffen sein und von dieser Tribüne aus zu den Wäffen sprechen. Die KPD legt aber den Schwerpunkt auf die außerparlamentarische Mobilisierung. Die Entschloßenheiten sollen vor allem in den Betrieben, Gewerkschaften, in den Kassen, in den Schulen, in den Jugend- und Faschismus zu kämpfen. Erst mit der Notverordnung, erst mit der Papen-Regierung, für Brot, Arbeit, Freiheit!

Verstärkt die Antifaschistische Aktion!

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

SA zerichlät SA-Heim

Noch eine neue Nazi-Partei gegründet

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 10. Sept.

Die SA in Düsseldorf ist in heller Aufregung, weil sie sich von Hitler zerren läßt. Die empörten SA-Mitglieder führten in offener Meuterei gegen ihre Führer, ihre eigene SA-Uniform und Schlägen die ganze Einrichtung, Schreibmaschinen, Regale, Möbel usw. und klein. Die Meuterei greift weiter um sich. Eine große Anzahl von SA-Beamten erliegen freiwillig in der Bekämpfung der tumultuarischen Szene, Freiheit und Bekämpfung über die Vorgänge in der SA.

Was Köln wird gemeldet, daß der frühere Geführer der Hitler-Jugend, Hermann, Wilhelm Kasper (König) unter dem Namen „Revolutionäre Freiheitliche Bewegung Deutschlands“ eine neue Partei gebildet hat. Dieser Gruppe sind verschiedene oppositionelle nationale Gruppierungen beigetreten.

Diese neuen Parteibildungen sind der Versuch, die rebellierenden SA-Mitglieder anzulocken und den Versuch zu unternehmen, den Widerstand in den Lager des Kommunismus zu vergrößern. Innerhalb 14 Tagen ist bis die dritte Neugründung oppositioneller Nationalsozialisten. Diese Abspaltungen von der Hitler-Partei betätigen die weitgehende Zerlegung innerhalb des Hitler-Lagers. Der Weg, den die ausweichenden und betrogenen Nationalsozialisten befolgen, ist aber grundlos.

Jede Neugründung bedeutet eine Zersplitterung der Kräfte

Der wertvollen Stellen und hilft der herrschenden Klassen. Wer wirklich den erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Gesellschaft will, wer wirklich einen Menschen aus der Arbeit und Arbeit, Brot und Freiheit erkämpfen will, der muß es eine Entscheidung: Ist der großen, harten Willens der Einheitsfront der Arbeiterklasse, der Antifaschisten anzuschließen.

SA-Proleten gegen die Mörder von Botempa

In Hamburg sind aus einem SA-Sturm der Arbeiter die SA-Proleten als geschlossene Gruppe, weil einer Disziplin den feigen Mordverbrechen an dem Arbeiter Botempa verurteilt und die Todesurteile für sich gehalten hatten.

Auch in der nationalsozialistischen Bewegung in Bamberg erklärten verschiedene Strömungen, daß kein kühner Mut die Beutender SA-Mitglieder, die den Antifaschisten umgebracht haben, verteidigen können. Sie sind mit solchen Elementen nicht zu tun haben. Es ist gegen Botempa ein Verbot bei dem KSA (Antifaschisten) eingeführt worden.

der Bundesausführung des NSDAP am 8. September (laut „Vorwärts“) ganz unabweisend gelegt hat:

„Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen alle Ausführlingsbestrebungen. Sie fordern die Wahrung, aber sie treten in Einklang mit durch ihre internationalen Beziehungen ein für das Recht Deutschlands auf volle Gleichberechtigung neben allen anderen Nationen.“

Nach offener nimmt „Das Reichsbanner“ zum Aktionsmemorandum der Papen-Schleier-Regierung Stellung. In einem Spitzentwurf des Reichsbanner-Führers Major a. D. Mayr heißt es:

„Sollen wir in Erinnerung rufen, daß innerhalb der alten sozialistischen Internationalen im Geiste der französischen Revolution schon das Exterre Programm „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ verlangte.“

Man sollte eine derartige Lehrenziehung nicht für möglich halten, wenn man nicht genügend Beispiele seitens der SPD-Führer für solche Gefühlsfälschungen besitzen würde. Es kommt aber noch schöner. Der Reichsbannermajor erklärt Klipp und Klar:

„Um dies an einem lehrreichen Beispiel zu präzisieren: 60.000 Berufs Soldaten mit hochmodernem Material (auch Feuerwaffen) und den notwendigen Verbands- und Bekleidungs- und Heereskommissaren der Volkserziehung und ein jährliches Militäretatsbudget von 400.000 jungen Deutschen auf der Grundlage allgemeiner kurzer Wehrpflicht lehnt uns vom Standpunkt der nationalen Sicherheit ebenso wie des Willens zur deutschen Freiheit und Gleichheit immer noch zweckmäßiger als 200.000 oder gar 300.000 wie bisher nur ganz einseitig ergänzte Soldaten.“

Das übertrifft fast die Forderung, die Schleier gefordert hat. Um diese Haltung der SPD, Gewerkschafts- und Reichsbannerführer noch zu veranschaulichen, ist es erwähnenswert, daß der linksbürgerliche Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ gestern einen Beitrag veröffentlichte, in dem die Haltung des Reichsbanners begierig begrüßt wird und der Papen-Schleier-Regierung gelobt wird:

„Nur daß sie (die Herren der Reichsregierung) nicht den einen das freundliche Gesicht zeigen können, ohne den anderen ein ärgerlich-feindseliges zu zeigen... den anderen, ohne dies es auch nicht geht, gar befördert, wenn man in der Festsatzung etwas erreichen will... Es werden wohl zwei Hände dazu gehören, um die Aufgabe zu bewältigen.“

Rebar ist noch schlagender Bemerkung, daß die SPD ihre Politik von 1914/18 fortsetzt? Kein Arbeiter wird sich auch nur einen Moment darüber täuschen, daß die geforderten 400.000 Militäretats in kapitalistischen Deutschland als Werkzeuge des Imperialismus in jeder Hinsicht gedient, erzeugt und verwendet werden würden. Sinter der dünnen Masse demagogischer Phrasen greift die Frage des Sozialimperialismus der sozialdemokratischen und Reichsbannerführer, die auch bei den Kämpfern der kapitalistischen System unterliegen.

Über die sozialdemokratischen, gewerkschaftlich und Reichsbanner organisierten Arbeiter, die heute im heißen Kampf für Brot und Arbeit stehen, werden mit dem Kommunismus in der Antifaschistischen Aktion auch gegen die Kriegsgesetze marschieren!

Frankreich lehnt - noch - ab

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. September.

Der Berliner französische Botschafter hat gestern dem Außenminister von Neurath die französische Antwortnote auf das Aktionsmemorandum der Schleier-Papen-Regierung überreicht. Die Antwort ist in der Form ruhig gehalten und lehnt aufs entschiedene die Forderung der Währungsänderung ab. Frankreich lehnt es weiter ab, mit Deutschland um zwei Währungsänderungen zu führen und vermeint auf dem Vorkord. Frankreich verlangt, die deutsche Regierung soll ihre Forderungen in Genf vorbringen.

Die Schleier-Papen-Regierung hat sich durch Neuerungen in diesem Bereich festgelegt, nicht nach Genf zu gehen. Zur Hees ist, die Bedeutung des einen ernste neue Währungsänderung. Die deutsche Bourgeoisie hat bei ihren Währungsänderungen, auch auf Amerikas Unterstützung gerechnet. Geküht hat nun in Neaurath in Frankreich die Einweihung eines Kriegesentstandes statt, bei der dem Kontrakt bei der Einweihung außer Herrmot und Boncourt der amerikanische Botschafter Edg sprach.

Verboten! Verboten!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. September.

Die Verbote kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften nehmen ihren Fortgang. So wurde jetzt die „Internationale“ bis 8. März 1933, das ist für ein halbes Jahr, verboten. Ein Verbot für die gleiche Zeit wurde auch gegen den „Koten Biond“ verhängt. Die Zeitung „Kultur und Recht“ wurde als Ersatz für die verbotene „Koten Biond“ bezeichnet und für unbeschränkte Zeit verboten.

Gute Zeiten für Adtgroßhandlungen!

Der kommunistisch eingesezte Berliner Polizeipräsident erläßt ferner eine Mitteilung, wonach eine Belohnung bis 500 Mark ausgeschrieben wird für den Nachweis von Herstellung und Verbreitung illegaler kommunistischer Schriften.

Gier sollen teurer werden!

Die Schleier-Papen-Regierung hat jetzt den Handelsvertrag mit Jugoslawien, entsprechend der festgelegten Jahresfrist, im Anfang März 1933 gekündigt. Daran ist auf die Wahrung der Reichsregierung zu schließen, die Bier-Einfuhr weitestgehend einzuschränken und die Biergüter zu erhöhen.

Diese Maßnahmen müssen sich in der Richtung einer Preissteigerung für Eier in Deutschland auswirken und bedeuten weiter eine Verschärfung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und verschiedenen exportierenden Staaten. Insbesondere richten sie sich auch gegen die Einfuhr von Eiern aus der Schweiz, was nicht auf die HDSP nicht verzichten kann, wenn sie in Deutschland Maschinen beschaffen soll.

Ungefährlich im IS-Wert Bittere. Am Donnerstag vormittag verunglückte auf Wert Süd in Abteilung Einbaum der Schiedler Witzig aus Sandersdorf. Der Kollege stürzte beim Abmontieren eines Geländers. Ihm wurde dabei der rechte Fuß zerquetscht.

Immer mehr Betriebe gegen die Notverordnung

Die Belegschaft der „Montania“ in Berlin-Charlottenburg beschloß am 8. September, einen Streik als Protest gegen die Notverordnung durchzuführen. Am darauffolgenden

Tag, einen Kurs, der seitlich vom Sozialdemokratischen Centralrat während seiner Tätigkeit ebenfalls enthalten wurde.

Bravo! Nachmachen!

Für die belgischen Bergarbeiter wurden in einer öffentlichen NSD-Verammlung 420 M. gesammelt.

Sechs SPD-Gemeindevorordnete kommen zur SPD

In Thüringen sind die sechs sozialdemokratischen Gemeindevorordneten geflohen zur SPD übergetreten. Kommunistiche Partei hat dort jetzt eine Ortsgruppe mit 20 neuen gegründet. Die SPD-Ortsgruppe ist auf vier Mitglieder zurückgegangen.

Tags legten die Kohlenarbeiter, rund 100 Mann, für zwei Stunden die Arbeit nieder. In der Chemnitzer NSD, Uli. Brechtwerke, fand am 8. September in den Mittagsstunden eine Belegschaftsversammlung statt. Es wurde die Wahleines Kampfausschusses beschlossen und eine Resolution angenommen, in der der Kampfausschluß beauftragt wird, „die Vorarbeiten zu treffen, um jede weitere Verschlechterung der Lebenshaltung mit entsprechenden Kampfmaßnahmen der Belegschaft zu beantworten.“

Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD

Genosse Thämann über die Antifaschistische Aktion

Nachfolgend bringen wir einen Auszug aus dem grundsätzlichen Artikel unseres Genossen Fritz Thämann über die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD, die in der Nummer der „Internationalen“, Heft 78, erschienen ist. Dieser Artikel wird mit besonderer Aufmerksamkeit von entscheidender Bedeutung und muß in allen Parteien, allen Parteigenossen gründlich durchgearbeitet werden. Die Arbeiter! Last und faßt regelmäßig die internationalen Listen und von allen Listenbüchern zum Preise von 20 Pf. zu haben.

Freigewerkschaftler zu uns!

Wieder eine Zahlstelle für die Opposition (Gewerkschafts-Korrespondenz)

Am Sonnabend nahmen die Kollegen des Maschinenbau- und Heizereiverbandes, Zahlstelle Bitterfeld, zur Papenschen Notverordnung Stellung. Auf Antrag der Kollegen wurde die Tagesordnung, die einen allgemeinen Quartalsbericht umfaßt, umgesehen. Nach einer heftigen Diskussion, an der sich die sozialdemokratischen Kollegen ebenfalls beteiligten, wurde eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß das fanthilpe Juridizieren vor weiteren Angriffen der Bourgeoisie viele christliche Kollegen veranlaßt, aus den Verbänden auszuweichen.

Die Fortführung der Antifaschistischen Aktion nach 31. Juli kann nicht darin bestehen, die bisherigen Methoden einfach beizubehalten. Wir müssen die Antifaschistische Aktion allen Gebieten der revolutionären Arbeit und Politik steigern. Es braucht eine neue, höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion in die Tat umsetzen.

Und diese neue, diese zweite, diese höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion muß im Zeichen der Erhebung der Betriebe stehen, um sie reif für den politischen Kampfstreik zu machen, um die ökonomischen und politischen Kämpfe auf breiterer Massengrundlage in allen Formen zu entfalten und erfolgreich zu führen.

Darum haben wir uns die Aufgabe gestellt, diese zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion im Zeichen der zentralen Losung durchzuführen: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!“ Im Sinne dieser Losung hat das Zentralkomitee der Antifaschistischen Betriebskampfwachen angeordnet, auf die in den Betrieben gilt.

Darüber hinaus müssen wir, in unserer gesamten Arbeit im inneren Leben der Partei und in ihrer täglichen Praxis, an allen Fronten des Massenkampfes, jene Umstellung vollziehen, deren Wesen darin besteht, das Schwergewicht unserer Arbeit die Betriebe zu verlegen und dort immer mehr zu verankern. Man braucht kaum erst darauf hinzuweisen, daß diese Umstellung, der auch die große Rolle der Betriebszeitungen und Arbeiterkollektiven zentral werden muß, auch vom Standpunkt der drohenden Parteiverbots eine brennende Notwendigkeit ist. Man braucht auch nicht erst umständlich zu beweisen, wie dringlich diese Aufgabe angesichts der neuen ökonomischen Hungergründen des Kapitals gegen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Die gesamte Situation und die unmittelbare Perspektive der Entwicklung erfordern es von uns, in der Frage der Erhebung der Betriebe für den revolutionären Kampf, in der Frage der Streikmobilisierung der Betriebsarbeiterschaft tätig und entscheidend vorzutreten. Solche Beispiele, wie das belgische Bergarbeiterstreik, müssen anfernd wirken. Was wir jetzt brauchen, das ist die wirkliche Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung neben der RGO in der freien und christlichen Gewerkschaften und der Beziehung sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Arbeiter und die verstärkte Organisation der aktiven Erwerbslosenbewegung. Unter der Losung des Ausschusses aller Nazis aus der Gewerkschaften und der Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter müssen wir vorstößen.

Die KPD vereint in ihrer Anhängererschaft mehr, wie am 31. Juli gezeigt hat, etwa ein Drittel des Proletariats, in einigen der wichtigsten industriellen Bezirke, so im Ruhrgebiet, in anderen nahezu die Mehrheit der Arbeiterschaft politisch in unserer Lager. Die objektiven Voraussetzungen dafür, in den Betrieben die Führung der Arbeiterschaft zu gewinnen, die Arbeiter in den Kampf zu bringen und diesen Kampf zum erstrebten Erfolg zu führen, sind gegeben. Alles hängt von unserer Politik, von unserer Initiative, von unserem Elan, von unseren richtigen Methoden ab.

In der Entschließung wird deshalb gefordert, daß in allen Zahlstellen der freigewerkschaftlichen Verbände Mitteldeutschlands sofort Stellung zu nehmen ist gegen Papen-Notverordnung, Lohnabbau und wachsendes Elend.

Mit Entrüstung wurde hervorgehoben, daß die Gewerkschaften für die Papen-Notverordnung in letzter Verurteilung vor dem Haupttribunal Berlin einen Haft abschlüssen, der den Chemiegenossen erlaubt, unterirdische Höhlen zu begehren. Das ist die praktische Unterjochung der Vorbereitung der Papen-Notverordnung.

Die Maschinenbau- und Heizereiverammlung beschloß, den Kongress oppositioneller Gewerkschaftler Mitteldeutschlands, der am 2. September in Halle stattfindet, mit zwei Delegierten zu unterstützen.

Genosse Laubert gemahregelt

Halle, den 10. September.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß der stellvertretende Vorsitzende des Kreisausschusses des Saalkreises, der Genosse Paul Laubert, Jöhren, in dieser letzten Eigenschaft eine Verfügung erlassen hatte, wonach die Ausrückung der Erwerbslosenunterstützungen in den Saalkreisgenossenschaften — daß der Genosse Laubert beim „Kriegskampf“ Mitteilungen aus der Sitzung des Kreis-Ausschusses gemacht haben soll, daß er ferner die Verfügung zur Wählung der Sitzung der Jöhregerichtstage erlassen haben soll.

Nach dieses neue Vorgehen gegen einen Kommunisten, der als Vertreter der Wählbaren nur seine fischereijährliche proletarische Pflicht erfüllt hat, ist für ein einseitig, den Kurs, den die Papen-Regierung in Preußen ein-

ewert

den Büro

Opport

Abbaum

Wieder

Der Stre

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Die neue

Vom Kampf

Gewerkschaftler, die freien Gewerkschaften wollen, daß ihr kampflös verhungert!

den Bürokraten eure Meinung, wählt Delegierte zur Oppositionskonferenz am 25. September

Die Abbaumassnahmen, die in den Lagern des „freiwilligen“ Arbeitervollkomites durchgeführt werden, haben unter den Jugendlichen die meiste Empörung ausgelöst. Die Jungarbeiter haben Trauer und Abscheu empfunden und wollten ein Abbauprogramm auf. An der Spitze nahmen die Jugendlichen eine Stellung.

Auf der Baustelle Kennbahn gaben revolutionäre Jungarbeiter die Initiative heraus und zeigten ihren Kollegen die Ausmaße der Abbaumassnahmen auf und forderten zum Streik auf.

Die Arbeiter zum Kampf mobilisieren, läßt das die Gewerkschaftsbürokraten nicht zugehen. Also ging es auch Schmidt, Gewerkschaftler des DDB, so flugs gibt er ein Flugblatt heraus und die Jugendlichen zum Kampfabstimmung macht (!). Die Gewerkschaftler sollen nicht kämpfen gegen den Abbau ihrer paar Hungerplättchen. Und warum können angeblich die Jugendkollegen den Arbeitsdienst nicht streifen? Schmidt schreibt in seinem Flugblatt:

Der Streik ist ein Mittel im wirtschaftlichen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverträge. Die Voraussetzung zur Anwendung dieser Kampfmaßnahme ist also das Bestehen oder die Erlangung eines Arbeitsvertrages.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist begründet nach Artikel 4 der Verordnung des ZND vom 16. Juli 1932 kein Arbeits- und Lohnverhältnis.

Da läßt sich die Hühner. Weil die Jugendkollegen vom freiwilligen Arbeitsdienst keinen Arbeitsvertrag haben, sind sie berechtigt zur Hungerplättchen zu arbeiten.

Der Streik ist ein Mittel im wirtschaftlichen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverträge. Die Voraussetzung zur Anwendung dieser Kampfmaßnahme ist also das Bestehen oder die Erlangung eines Arbeitsvertrages.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist begründet nach Artikel 4 der Verordnung des ZND vom 16. Juli 1932 kein Arbeits- und Lohnverhältnis.

Da läßt sich die Hühner. Weil die Jugendkollegen vom freiwilligen Arbeitsdienst keinen Arbeitsvertrag haben, sind sie berechtigt zur Hungerplättchen zu arbeiten.

Der Streik ist ein Mittel im wirtschaftlichen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverträge. Die Voraussetzung zur Anwendung dieser Kampfmaßnahme ist also das Bestehen oder die Erlangung eines Arbeitsvertrages.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist begründet nach Artikel 4 der Verordnung des ZND vom 16. Juli 1932 kein Arbeits- und Lohnverhältnis.

Da läßt sich die Hühner. Weil die Jugendkollegen vom freiwilligen Arbeitsdienst keinen Arbeitsvertrag haben, sind sie berechtigt zur Hungerplättchen zu arbeiten.

Nicht Massenflucht, sondern Massenopposition!

Große Erbitterung der Zeiger Gewerkschaftskollegen — Rüstet zum Kongreß der oppositionellen Gewerkschaftler

U. A. Unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen in Zeitz herrscht eine überaus starke Mißstimmung gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Insbesondere hat der erst kürzlich durchgeführte neue Lohnraub in der Allgemeindarstellung eine große Erregung hervorgerufen. Sie äußert sich in der Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den Verbänden! Viele Kollegen, die die Bücher nicht offen hinwerfen, zahlen keine Gewerkschaftsbeiträge mehr!

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wendet sich deshalb an alle oppositionellen Kollegen in den Gewerkschaften. Sie fordert sie auf, nicht die Gewerkschaften zu verlassen, sondern ganz bewusst zu handeln und die Oppositionsarbeit zu einer Massenarbeit zu machen. Nicht mit Ausritten der oppositionellen Kollegen aus den Gewerkschaften ist der Arbeiterkampf gebietet, sondern mit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront.

Die gewerkschaftlich organisierten Kollegen müssen für den Kampf gegen Lohnraub und Faschismus gewonnen werden. Alle oppositionellen Kollegen müssen Oppositionsarbeit leisten. Die Gewerkschaftskollegen müssen losgelöst werden von den veräulerten Führern, die die Politik der Dapen-Regierung trotz zahlreicher Protesten durchzuführen. Die freigebergesellschaftlichen Kollegen müssen in eine Front gebracht werden mit den RGO-Kollegen und den unorganisierten Kollegen. Geschlossen ist die Arbeiterkraft mächtig und hart.

Zeiger Gewerkschaftskollegen! Seht gegen den Willen der Bürokratie Gewerkschaftsversammlungen durch. Wählt Delegierte zum Kongreß der oppositionellen Gewerkschaftler Mitteldeutschlands, der voraussichtlich am 25. September in Halle stattfindet.

Zahl 5 Mark Streitunterstützung pro Tag

Eine sehr korrupte Auffassung eines SPD-Betriebsrats-Vorsitzenden — Von Solidarität und Klassenbewußtsein keine Spur

U. A. Vor einiger Zeit lasen die Kollegen der Glashütte Halle in Grötkhana einen Streifflügel. In dieser Verammlung waren 76 Kollegen. 217 Mitglieder zählt die Gesamtbelegschaft. Ein Drittel der Belegschaft sind Arbeiterinnen. Der Streifflügel der 76 Kollegen wurde in den Betrieb hineingetragen, aber im gleichen Moment war auch schon die Gewerkschaftsbürokratie zur Stelle und beunruhigte infolgedessen die Gewerkschaftsfunktionäre, den Streifflügel nicht zur Durchführung zu bringen!

Die Belegschaft geriet in Unruhe, weil allerhand Karolen den Betrieb durchschwirrten. Verschiedene Kollegen forderten vom Betriebsratsvorsitzenden Pöckler, einem Mitglied der SPD, die Durchführung einer allgemeinen großen Belegschaftsversammlung. Das Resultat war: Pöckler nahm jetzt in den kritischen Tagen Krankenurlaub (!).

Ueber die Aufnahme des Kampfes und die Streifmobilität

zung haben RGO-Kollegen mit Pöckler gesprochen. Er erklärte: „Wenn die RGO täglich 5 Mark Streitunterstützung zahlt, dann bin ich bereit, bei einem Streik mitzuwirken, sonst nicht!“

Der letzte unorganisierte Kollege begrieß, daß nur mit Solidarität ein Kampf gewonnen werden kann! Dem Pöckler ist jede Solidarität fremd! Soweit ist er schon von der Gewerkschaftsbürokratie beunruhigt worden! Pöckler gehört allem Anschein nach nicht zu den Klassenbewußten Arbeitern!

Von der Streitunterstützung wird die Auslösung des Kampfes nicht abhängig gemacht. Die Gewerkschaften führen keine Kämpfe, weil sie pleite sind und weil sie vor allen Dingen auch die kapitalistische Wirtschaft retten wollen. Heidenböck kämpfen die belgischen Bergleute und die englischen Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie. Und bei dem Planstreik der SPD bei uns in Mitteldeutschland kämpften die unorganisierten bis zum letzten Tag in geschlossenem Front mit den Gewerkschaftskollegen. Nur die Solidarität der Arbeiterklasse ermöglichte den achtstündigen Streik, der in den letzten Tagen von den Gewerkschaftsführern erdolcht wurde.

Jeder Tag werden die Betriebs- und Lohnverhältnisse erschämlicher! Es gilt, die Glashütte zum Kampf zu mobilisieren. Da die Gewerkschaftsbürokraten und die Pöcklers es wagen aber nicht, Kollegen, schmeißt die rote Einheitsfront gegen Halle und seine Kollegen!

Die RGO marschiert

Auf einen guten und systematischen Vortrieb folgt ein guter Werbeerfolg. Dies beweist das kleine Ortskomitee Könnern, welches durch den Betrieb von 100 Zeigern und 100 Proletariaten monatlich das ihnen gestellte Werbeziel überschritt und im Monat Juli

21 neue Mitglieder warb.

Auch das Ortskomitee Weichenfels, das in der ersten Woche des August zehn neue Mitglieder warb und in der zweiten Woche nochmals sieben, davon sechs Betriebsarbeiter, konnte nach eine viel größere Steigerung erzielen, wenn ein gut organisierter und systematischer Vortrieb durchgeführt wurde.

Weitere Erfolge melden

Leubitz-Tollwitz 5 Neuaufnahmen
Zschammer 11
Hodschleben 13

Genossen, heran an die Arbeit! Die Millionen Gewerkschaftsmitglieder zu erobern wird unsere Antwort sein auf alle Schläge, welche jetzt von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterkraft durchgeführt werden sollen.

Heraus zur Gegenoffensive! Wann meldet ihr neue Erfolge? Bitterberg, Teichitz, Schöndorf, Eisenburg, Jallenberg, Bitterfeld, Leubitz-Tollwitz, Mühlberg, Querfurt usw., wo bleiben eure Literaturabrechnungen?

Bezirkskomitee der RGO Halle-Merseburg Abteilung VII.

„Drittes Reich“ in der Weihenstepfer Herrenmühle . . .

U. A. Vor kurzem war in der Herrenmühle Krieg, Regelrechter Krieg. Es ist dort zur Zeit ein Monteur aus Köln tätig. Dem Obermüller Beyer, der in dem Betrieb gleich die größte Gurke zu spielen, sagte etwas an dem Monteur. Der Obermüller wollte schließlich mehr verstehen wie der Monteur. So etwas soll ja wohl vorkommen.

Rutz und gut, eines schönen Tages kamen die Spannungen, die zwischen beiden bestanden, zur Entladung. Es kam zum Ringkampf und zum Boxkampf. Und dann rief Beyer noch einen Müller zu Hilfe, denn der Monteur schien Kräfte zu haben. Beyer hatte sich aber mit einem Gummihandschuh bemäntelt, mit dem er den Monteur bearbeitete. Heute wundert sich alle, warum Beyer nicht gleich den Revolver zog, mit dem er auch schon einmal Weihenstepfer Hühner bedrohte.

Die Kollegen im Betrieb sind über Beyers Verhalten sehr empört. Beyer spielt sich als Mussolini auf. Es ist notwendig, daß alle Kollegen zusammenstehen und für Verbesserung der betrieblichen Verhältnisse kämpfen!

Das ist eisern

für unsere Fabrikation: Das Gesetz der Qualität.

Die wundervollen bulgarischen Tabake haben Bulgaria Sport in kurzer Zeit zur bevorzugten 3 1/3 Pfg.-Zigarette gemacht.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos



Die werktätige Frau



Sondergerichte an der Arbeit

Mütter werden verurteilt

Beuthen (Oberschlesien):

Hierher arbeiten die Sondergerichte. Ununterbrochen werden hier wahre Konzentrationslager gegen Antifaschisten, gegen hungernde Proletariermütter und Familienführer geführt. „Wir hatten Hunger und ich hatte für meine fünf Kinder kein Brot mehr im Haus.“

So spricht die Arbeitermutter Wlasas. Vor dem Rathaus in Witalischitz versammelten sich die erwerbslosen Frauen und Männer mit ihren Kindern, um abzumarten, was die Verhandlungen mit dem Bürgermeister wegen Erhöhung auf Unterstützung ergab. Folgt er nicht zu, ging brutal gegen die Wartenden vor. Gummistiefelplattchen legten ein. Der Mutter Wlasas wurde der Kinderwagen umgeworfen. Wlasas wurden Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten dem Sondergericht zugeführt. Arbeiterfrau Wlasas erhält neun Monate Gefängnis. Sie wird weggeführt von ihren fünf-hundert Kindern. Das kleinste zählt ein Jahr, das Älteste ist 8 Jahre alt.

Frau Banecjot, Mutter von 8 Kindern, — vom Säugling an — muß auf 6 Monate ins Gefängnis. Ebenso die Arbeiterfrauen Diezels, Tatzel, Jonacha, die Arbeiterfrau Klobziet muß 7 Monate ins Gefängnis. Sie erhält wegen „angeblicher Gefangenenerleichterung“ 1 Monat Gefängnis.

Ohlau (Schlesien):

Kaschanden brangen in die Häuser ein und verletzten Arbeiterfrauen schwer. Jetzt stehen sie, die von den Nazis Geschlagenen und vermurdeten Arbeiter und Frauen vor dem Sondergericht. Erschütternd ist es, zu sehen, wie man die Eltern der 13-jährigen Hildegard Roos 6 und 9 Monate ins Gefängnis wirft. Hildegard bleibt allein zurück! Vater und Mutter sitzen hinter Kerkermauern.

Münster:

Das Sondergericht hält seine erste Sitzung ab. Angeklagt sind 11 Kommunisten, darunter 4 Frauen. Sie hatten an einer Erwerbslosen demonstration in Ahlen teilgenommen. Die SPD-Abgeordnete, Frau Schirmader, erhält 1 Jahr Gefängnis, die übrigen Angeklagten erhielten je 8 Monate Gefängnis.

Schnellschöffengericht Stuttgart:

Sie haben mit den Händen gesprochen! Zwei starke Frauen stehen vor dem Gericht. Nazis durchsuchen das Arbeiterquartier, beschlagnahmen die Einwohnern in größlicher Weise, heften die Jungen heraus, beschimpfen und beschuldigen die Anwohner. Die beiden angeklagten Frauen sollen „mit den Händen gesprochen haben“, erklärt ein Polizist. Die Polizei griff ein, und die bedrohten Arbeiter, nicht etwa die angreifenden

Nazis wurden verhaftet. Das „mit den Händen sprechen“ als Gefangenenerleichterung ausgelegt. Der Staatsanwalt will die Gerichte sprechen von einer „Gemeinheit besonders gefährlicher“ von einer „ganz besonderen Gemeinheit“.

Die beiden Arbeiterfrauen — die eine ist jetzt in das Gefängnis eingeliefert — müssen auf je 6 Monate ins Gefängnis.

Flensburg:

„Weil sie nicht wollten, daß ihre Frauen verhaftet würden...“

Bei der Auszahlung der gestrichelten Wohlfahrtsunterstützung fehlten 12 Arbeiterfrauen ihre Kinder auf dem Wochentag. Bei der Verhaftung sollen zwei Arbeiter den Polizisten Widerstand geleistet haben. Das Sondergericht tagte. In 1 1/2 Stunden Haus für die beiden Männer wird ausgeschrieben. Sie hatten es gewagt, ihre Frauen zu verteidigen.

Zug für Zug kommen neue Nachrichten über Sondergerichte. Auf Jahre, Monate wird man Proletariermütter in den Kerker, weil sie es wagen, gegen die Hunger und für ein Stück Brot für ihre Kinder zu kämpfen. Familienmütter, Mütter, Jungarbeiter, Antifaschisten, alle mit hinter Justizhausmauern schmachten. Gegen Antifaschisten richtet sich die Sondergerichte, gegen revolutionäre Arbeiter.

Tausende von Müttern und Kindern fliegen an und erheben ihre Stimmen zum Protest. Eingeworfene Steine und die Proteste bei allen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben, auf den Stamptischen, in den Straßen, in den Dörfern finden. Kampf die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!



Werktätige Frauen

demonstrieren gegen die Klassenjustiz

Kinder suchen im Müllwagen nach Obst...

— um den Hunger zu stillen

Flauen. Ein Textilarbeiter in Sachsen. In den dumpfen Hinterhauswohnungen wohnen die Textilarbeiter mit ihren Frauen und Kindern. Der Hunger ist täglich mit am Tisch dieser armen Leute. Für 10 bis 12 Mark schuftet die Mütter in den stinkenden Fabrikküchen, die Mutter müht sich zu Hause in der stinkenden Wohnung mit Heimarbeit ab, die ihr aber nur 3 bis 4 Mark Lohn einbringt und ihr die Augen verdirbt. Und die Kinder? In dem dreifachen, licht- und sonnenlosen Raum zwischen Vorber- und Hinterhaus spielen die Kinder, verlocken sich hinter den Müllkästen. Kein Sonnenstrahl kommt zu ihnen. Grau und düster verkaufen ihre Kinderstage.

Wochenmarkt. In diesen Tagen gehen die Kinder mit brennenden Augen umher. Heute, heute ist der Tag, der in ihr freudloses Dasein etwas Abwechslung bringt. Am Schluß des Marktes — die Händler packen ihre Verkaufsstände zusammen, verlassen das Nichtverkaufte. Ein großer grauer Wagen kommt an. Die Marktbesitzer tragen ihre Abfälle zu diesem schmutzigen Wagen. Papier, Holzmoles, faules Obst, Bananenstümpfen, alles, was unter den Ständen während der Woche, kommt in den Wagen hinein. Aber schon sind sie da, die Kleinen!

Mit flinken Bewegungen — die Jungen run mit einer leichten Hand beiseite, die Mädchen in dünnen Fäden — Mütter die Wagenbesitzer an den Wagen hoch. Die eine Hand umflammt fest den Wagenrand und die andere Hand wagt in den Müll zu greifen nach etwas Essbarem. Wie hoch die Kinderfragen, wenn sie etwas gefunden haben, und wenn es eine zerdrückte Birne, eine angefaulte Banane war.

Wie groß mag der Hunger dieser Kinder sein, wenn sie in dem Müllwagen nach Nahrung suchen, nach etwas Essbarem, nach sich fast zu machen? Vater arbeitet ja, aber wie hoch ist der Verdienst? 10 bis 12 Mark bringt er nach fünf bis fünfzehn Stunden Arbeit. Die Mütter sollen da mit fünf Kindern gefüttert werden. Dazu kommt noch die Miete, Heizung, Licht und jetzt soll von dem Hundelohn wieder etwas abgezogen werden? Die Kinder sprechen davon, denn die Not der Eltern ist ihre Not und der Kampf ihrer Eltern geht mit um ihre Zukunft. Und die kleinen Textilarbeiterkinder, Jungen und Mädchen, stehen ihren Eltern in diesem schweren Kampf bei. Und nach der neuen Notverordnung muß dieser Hunger noch weiter geführt werden...

ECKE für proletarische Kinder!

Laßt Worten die Taten folgen:

Schützt die Sowjetunion!

„Kommst du mit?“

Fritze sagte das zu Lotte. Lotte überlegte. Hatte sie genügend Zeit? Na ja, es wird schon reichen. Die zwei Heringe, die sie einholen sollte, brauchte Mutter erst zum Abendbrot.

Also rasten sie los. Fritze hatte Mühe, die Zigarrenkiste unter dem Arm festzuklemmen. Im rasenden Galopp ging's die Eberswalder Straße hinunter. Hopp! — beinahe hätten sie die dicke Zeitungsfrau an der Ecke über'n Haufen gerannt.

Die beiden mußten abstoppen. Erstens ging der Lunge die Luft aus und zweitens schimpfte die dicke Zeitungsfrau so doll, daß alle Leute sich umdrehten. Man kann sich doch nicht blamieren, wenn man das Pioniertuch trägt — nicht wahr?

Durch die Danziger Straße schlängelt sich die Hochbahn. Jede fünfte Minute donnert so ein elektrischer Zug in das Innere der Stadt und jede fünfte Minute kehrt ein Zug aus der Stadt zurück. Und während die Schienen in ihrer fünf Meter Höhe über dem Straßenpflaster erzittern, gehen die Menschen ruhig unter dem Weg des Zuges ihren Geschäften nach. So etwas ist ja alltäglich in Berlin. Das regt niemanden an. Aber für Fritzen und Hunderte anderer Kinder gib's doch eine Sensation in diesem Weltstadterbe — unfern Bogen Nr. 20, hinter dem Bahnhof, findet täglich um 16 Uhr die Tauschbörse für Zigarettenbilder statt.

Das ist ein Geschäft!

Das bringt noch was ein!

Manchmal sind mehrere hundert Kinder da. Viele haben richtige Bauchläden umgeschaltet.

In feinen gebastelten Schachteln und Fächern liegen wohlgeordnet die verschiedenen Serien. Angefangen von den Bildern der Flieger bis zu den neuesten Flugzeugserien. Da ist Fritze sein kleiner Zigarrenkasten mit den zwei Querleisten eine ganz minderwertige Bauleistung dagegen.

Aber Fritze hat auch ganz andere Sorgen als alle die anderen Jungen und Mädchen. Er sammelt nur eine Spezialität:

Verantwortlich: Wlodek Benda, Berlin

Flugzeugbilder. Auf Filmdivern, Völkerverstärker, Sportkanonen verziert er. Die interessieren ihn überhaupt nicht. Nur die Flugzeuge und von denen sammelte er besonders die Sowjetunion.

Und dann natürlich die Armeebilder. Die interessieren ihn ja nun ganz besonders. Ihr wüßte schon, welche ich meine. Nämlich die, welche „unsere alte, glorreiche Armee in ihren farbenprächtigen, bunten Uniformen“ zeigen.

Wie ein edler Tiger stürzte Fritze in den Haufen der schackernden Händler. Kaum konnte Lotte folgen. In Fritzens Hand flatterte ein Zettel, den er aufgeregt in die Gegend herum-schwankte. Im Nu sammelten sich einige Dutzend Bauchläden um ihn herum.

„Was hast du?“

„Was brauchst du?“

Auf den Zettel hatte er die Nummern der Bilder gezeichnet und notiert, die er doppelt hatte und die ihm fehlten.

Als er seinen und der anderen Vorräte aufgebraucht hatte gingen er und Lotte an die andere Arbeit heran — an die Soldatenbilder.

Aber diese sammelten sie nicht! Wenn sie einen Jungen mit diesen Bildern aufstöberten, dann nahmen sie ihn ja Arbeit!

„War dein Vater im Krieg? Ja? Dann trage ihn mal, ob er solche blitzende und blanke Uniform angeht hat. Gewiß nicht! Als er im Trichterfeld vor Verdun lag, hatte er einen grauen Anzug an, der von Dreck, Schweiß und Blut klebte. Im Schlammgraben gab's keinen weißen Federbusch, keine schimmernde Helme. Einen verbeulten Eisentopf auf dem Schilde! — das war alles!“

Also — ihr versteht Fritze und Lotte klären die Kinder auf! Sie sagen ihnen, daß die Uniformbilder eine ganz gemeine Kriegsbetrug sind und uns zum Krieg gegen die Sowjetunion begeistern sollen. Mit blanken Knöpfen und buntem Tuch hängt es an, mit Hunger, Tod und Mord hört es an.

Die beiden reden solange, bis die Soldatenbilder-Sammler die Nase voll bekommen und ihre Bilder und das Album zerreißen.

Solche Fritzen und Lotten was es eine ganze Masse geben denn die Soldatenbilder werden nicht viel gesammelt. Und wenn man sie sammelt, Pioniere, da stürzt euch in die Arbeit!

Redet nicht immer!

Wir schützen die Sowjetunion!

Laßt euren Worten Taten folgen:

Wir schützen die Sowjetunion!

Rüstet mit allen Kräften zur 12. Internationalen Kinder-Woche (2. bis 9. Oktober)



Vertical text on the right edge of the page, including names like 'Gewaltiger', 'Mike Pell', and 'Copyright by'.



MITTELDEUTSCHLAND

Neue Korruption im Volksfeuerbestellungsverein

Es war die allerhöchste Zeit, daß wir Kommunisten die Korruption im Volksfeuerbestellungsverein aufdecken wollten. Wir haben unter die Leute gehen und die proletarischen Mitglieder zum Scheitern aufrufen. Denn diese gewaltige Clique zur Zerstörung des Eigentums von proletarischen Organisationen legt ihre Tätigkeit fort, und zwar in einer Weise, die Erfahrenen hervorruft. Neulich fand die konstituierende Versammlung statt, wobei die Funktionen des eingetragenen Bestimmung wurden, also jener drei Leute, die den Volksfeuerbestellungsverein leiten und den Schlüssel zum Eigentum in den Händen halten. Da hat die SPD-Gruppe im Vorstand es fertiggebracht, kurz vor der Sitzung an unseren Genossen Briefe zu schreiben und

der Mitglieder. Der Gesamtvorstand hat in seiner letzten Sitzung die Entlassung der beiden Polizeiführer beschlossen. Aufgabe der Mitglieder ist es, weiter auf Säuberung des Vereins von politischen Straftätern und Leuten zu dringen, die dort ihre nauten persönlichen Interessen vertreten.

Der Kampf um die Punkte

Werbt neue Betriebsarbeiter als Abonnenten für den „Klassenkampf“

Es hagelt Presseverbote gegen die revolutionäre Arbeiterpresse! Je mehr Mobilisierung für die Presse der Antifaschistischen Aktion, desto größer ist der Schußwut um unsere Sprachrohre. Desto größer wird das Heer unserer Kämpfer. Desto näher kommen wir unserem Ziel: Befreiung der Arbeiterklasse.

Massenwettbewerb für die Presse der Antifaschistischen Aktion, für „Klassenkampf“ und „Rotes Echo“. Ortsgruppe

Schleudrig gab das Signal: „Krafft Rabotsch!“ wie kämpfen weiter! Schändlich hat den Wettbewerb ausgeglichen. Die drei besten Werber haben zum 15. Jahresfest der Oktoberrevolution nach der Sowjetunion. Die Werbung wird nach Punkten gemessen.

Einen Betriebsarbeiter-Abonnement zu werben, das heißt zwei Punkte zu erringen. Warum 2 und nicht 1 für einen neuen Betriebsarbeiter-Abonnement? Weil wir die Antifaschistische Aktion in die Betriebe tragen müssen. Weil die Betriebe zu roten Burgen werden müssen. Weil die Überwindung der Betriebsarbeiter die Voraussetzung zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist!

Genossen, was habt ihr hierzu getan und was wollt ihr hierzu tun? Bericht! Wer macht die ersten Meldungen über die Gewinnung neuer Betriebsarbeiter-Abonnenten?

Unsere russischen Brüder vom „Krafft Rabotsch!“ wollen sehen, daß wir vorwärtskommen für den Sozialismus! Werbt! Werbt! Werbt!

SPD-Bonzen bringen Proleten auf vierzig Monate ins Gefängnis

Am 6. März sollte in einer SPD-Berammlung in Golpa der Kampfs und Chemieproleten festgemacht werden, daß sie Hindenburg zu wählen hätten. „Freie Wähler!“ hand auf den Einladungen. Als aber die beiden leitenden Bonzen, Baum von Mittelberg und Sichtig und Wolpa, sahen, daß es trotz der mitgetragenen Reichsbanner-Rollkommandos nicht leicht sein würde, Hindenburg den Proleten schmackhaft zu machen, erinnerten sie sich des damals noch ganz neuen Wahlpruchs der SPD: „Freiheit, die ich meine“.

So war am Schluß der Berammlung die Stimmung bis zur Siedehitze gelitten.

Und als die angegriffenen Genossen den Sichtung beim Verlassen des Saales wegen seiner Handgreiflichkeiten zur Rede stellten, schlug er zu, so daß die Genossen blutend zurücktaumelten.

Kommunisten, so erklärte Sichtung, bekämen natürlich das Wort nicht! Ganz selbstherrlich gab es dagegen einen Proleten. Sichtung ließ als Antwort darauf einen der Genossen nach dem anderen durch die Polizei aus dem Saal bringen. Zwischen durch ließ der Referent Baum eine Lobrede auf Hindenburg und eine müde Rede gegen die Kommunisten zum Stapel. Ja, er verteilte sich sogar zu prologisierenden Äußerungen, wie der folgenden: „Ja ja, wenn die Dajen was wollen, dann brüllen sie!“

Und wenn dann mit Zwischenrufen auf die Freisheiten geantwortet wurde — wie sollte man beim Abschneiden jeder Diskussion anders antworten — mußte regelmäßig die Polizei eingreifen und den Genossen aus dem Saal bringen.

Der Verammlungsleiter Sichtung beteiligte sich ebenfalls an dem Hinruder und begrifflich dabei sogar an einer Genossin.

Erst daraus entwickelte sich eine Schlägerei, bei der allerdings auch Sichtung zu Schaden kam.

Nun suchten die Bonzen der SPD eine Reihe von kommunistischen Funktionären heraus und behaupteten, diese wären die Angreifer und Aufbehalter gewesen. Trotzdem man einige aufgeleitete Proleten fand, die als Zeugen auftraten, dauerte es volle sechs Monate, ehe die Verhandlung feigen konnte. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch. Damit war ausreichend erreicht, daß sich kein einziger kommunistischer Arbeiter als Zeuge melden konnte, wenn er sich nicht ebenfalls der Gefahr aussetzen wollte, wegen Landfriedensbruch angeklagt zu werden.

In der Verhandlung, die am Freitag, dem 9. September vor dem Schöffengericht am Landgericht Halle stattfand, hielten alle als Zeugen geladenen Proleten so hart mit ihrer Aussage zurück, daß der Vorsitzende die Vernehmung mehrfach als zwecklos abbrach. Ganz einseitig — es war ihnen klar geworden, was man sie hier mißbrauchen wollte. Die Rettung für die Anklage waren die Polizeibeamten und der Zeuge Sichtung.

Der Staatsanwalt begann dann auch sein Vildwörter mit der Feststellung, daß er volles Bekännnis für die Maßnahmen Sichtigens habe. Er beantragte für die Angeklagten Walter, Karl, Frieda Hirschfeld, Karl Jenz und Erich Heerlein je sechs Monate eine Woche Gefängnis, für Wilhelm Wipplig, der man einen ganz unmaßvollen Schritt angedroht hatte 8 Monate und eine Woche und für Paul Gneuss nur wegen Hausfriedensbruch zwei Wochen Gefängnis.

Das Urteil folgte ganz genau den Strafmaßregeln. Es heißt sich, daß die Proleten zurückbleiben, in erster Linie auf die Auslagen Sichtigens. Man spricht in Golpa davon, daß Sichtung in nächster Zeit seinen Gemeindepösten abgibt und Parteienstreit in Mittelberg wird.

Kein Wort, das nicht genau ist, kann es geben für die SPD-Bonzen, die um ihren Hindenburg-Berwal zu orientieren, diese Schlägerei propagieren, um dann noch damit kommunistische Funktionäre auf Monate ins Gefängnis zu bringen! Aber auch unseren Genossen muß man sagen: Wir dürfen uns nicht provozieren lassen! Wirgen ist nicht die richtige Methode! Wir haben in unseren beiden Argumenten, in unserer Betretung der Arbeiterinteressen viel bessere Waffen gegen den Klassenrat der SPD-Bonzen! Und damit müssen wir kämpfen!

Es kam zumutend, daß er bei der Wahl des eigenen Vorstandes für die Kandidaten der SPD, eben die Dehrlöhner & Co., stimmen sollte!

Eine Dreifachheit, die wirklich beispiellos ist. Da greifen SPD-Leute nach der Zeitung des Volksfeuerbestellungsvereins, um ihn für die politischen Zwecke der Parteipolitik auszunutzen, da beständig die Beschäftigung von wirtschaftlichen Führungskräften und ihre Freunde aus dem Reich des Vereins. Gegen sie führt unser Genosse den härtesten Kampf im Interesse des Eigentums und der politischen Arbeiterklasse — und nun müßt ihr Genossen mitmachen, daß er mit seiner Reichsliste den Ausbeutern die Beschäftigung von wirtschaftlichen Führungskräften und ihre Freunde aus dem Reich des Vereins verbinden will! —

Der Kampf für eine ehrliche proletarische Verwirklichung des Volksfeuerbestellungsvereins mit wirtschaftlichen Kräften fortgesetzt sein muß, beweist übrigens ein neuer Korruptionsfall, der (leben von der Verwaltung aufgehoben worden ist, was sich um Verdrückung von Vereinsmitgliedern handelte, und um bearbeiteten Vertretern, die aus der Sanitätärstelle heraus entlassen wurden und mit dem Verein des Vereins in Verbindung in die Unkorruptivitätsliste befördert wurden. An wen, stand noch nicht fest, aber es eines jener neuen SPD-Vorstandsmittelglieder, der in Klinik seine Arbeit machen. Liegen sich wohl Schläge ziehen, wenn man dafür Interessen einbringen will!

Erst daraus entwickelte sich eine Schlägerei, bei der allerdings auch Sichtung zu Schaden kam.

in Chausseer Koch und ein Züchter wegen dieses Verkommnisses entlassen werden.

Kennlich wird die Affäre weitere Kreise ziehen, denn Koch der Schwiegereltern des Vorstandsmitgliedigen Brönner, der zu unangenehmen Handlungen gerade seine Verwandtschaft in langjähriger ersten Vorsitzenden gekommen ist. Wie er zum Beispiel im vorigen Jahre auf der Generalversammlung aus Kommunisten benommen hat, war ebenfalls. Er weilt im großen Saale förmlich mit Glaube, dem „Vogel“ zu werden, in der Propaganda von Anhängern. Es ist als ob die beiden sich vorarbeiten für ihr Vortreten gegenüber den Kommunisten. Und nun sind sie beide gezwungen: Mandatred wegen Unterdrückung von mehreren tausend Reichsbanner der Volksfeuerbestellungsvereins aus dem Saal herauszuwerfen; Koch, der vor der letzten Generalversammlung schon davon zu reden anfing, daß er halb Reichsbanner im Volksfeuerbestellungsverein werden würde, ebenfalls in Unkorruptivität gegenüber dem Eigentum des Vereins und

Hungertypus in Torgau!

Schließung der Volksschule!

Verdrückte Tüchende in Torgau! Nachdem Kinder von mehreren wegen Krankheit der Schule kein Dienen mühten, hat die Volksschule wegen Anschlagsgeldes geschlossen. Am 1. September hat die Volksschule, kein Kind der „Hörst“ Schulen schloß. Die Kinder der Parafiten werden von keiner Schule aufgenommen. Katastrophale Unterernährung, elende Wohnverhältnisse sind die Ursache der eingebrochenen Seuche. Als die Vertreter im Elternrat die kostenlosen Kinderbetreuung für die Volksschule forberten, waren es gerade die heute über die Seuche jammernden, die die Forderung und viele zu überstimmte Frage, die Kinderbetreuung über Weg der Schule löshen.

Schließung können diese Leute ab, angeblich weil keine Mittel vorhanden sind.

Es ist noch keine Gefahr! sagt der Rektor und will Kinder mit der Polizei herein lassen. Bis er auf einmal die Schließung der Schule beantragt.

Bestenfalls Klassen machen den Schülern und Schülerinnen den Aufenthalt in der Schule unattraktiv.

Nach da sagt der Rektor, wenn ein Kind sich kränkt in die Schule zu gehen, daß er Polizei einholen will, um die Kinder herein zu lassen.

SPD-Berretter Anträge stellen, im Interesse der Arbeiter und ihrer Kinder, dann sagen die Leute diese Anträge unangehörig!

Es ist richtig, Herr Bürgermeister, daß Herr Dr. Scholz die beteiligten Vorwürfe gemacht hat, weil Sie die Kinder nicht schließen wollten? Sind noch nicht genug Kinder der Seuche erkrankt und gestorben? Herr Bürgermeister, lassen Sie die Volksschulen länger geschlossen mit der Schließung, als möglich? erlaubt war? Wollten Sie, Herr Bürgermeister, mehr Kinder durch die Seuche anfallen lassen?

Zwischenrufe im Stadtvordereparlament macht, Proleten, Einwohnern von Torgau, schenkt den Kampf gegen die Stadtvorwaltung und Schulhaushaltsbehörde auf!

Einwohner von Torgau, erscheint im Waffenzug der heute, Montag, den 12. September, 20 Uhr im Bürgergarten stattfindenden öffentlichen Berammlung mit dem Thema:

1. Hungertypus der Vagen-Regierung.
2. Schließung der Torgauer Volksschule.

Referent: Wital, des Staatsrats Gen. Gutjahr-Halle. Kämpft in der roten Einheitsfront, in Antifaschistischer Aktion!

Reichsbannerarbeiter, Schluß mit diesem Kurs!

M. A. A. u. c. Am Ende der hier im Bau befindlichen Handhabung liegen noch zwei alte Säulen. Als ich dieser Lage einen in diesen Häusern wohnenden Arbeiter besuchen wollte, führte mich der Weg durch die Handhabung. Kaum in die Nähe der Handhabung getreten, wurde ich mit Schaulustigen bedroht. Anwesende waren es einige junge fanatische Reichsbannerleute, die mich trotz aller Entschuldigungen in der größten Weise anpöbelten. Angehörige der SPD dürfen sich Handlung auf der Handhabung aufhalten und die Arbeiter beobachten. Ein Kommunist! Ich will nicht, daß die Reichsbannerarbeiter zu mir wie ein totes Tier auf den Stier.

Den Arbeitern sollten doch endlich die Augen aufgehen. Unter den 30 Säulern, hat durchweg Bauarbeiter, die außer ihrer Unterhaltung nicht weiter bekommen, arbeiten auf der Baustelle noch über 100 junge Reichsbannerleute, die schwere Arbeiten machen müssen und dafür pro Tag a 50 Pfennig, etwas Essen und ein paar Befehlshandlung erhalten. Wie es der oben geliebte Reichsbanner sein will, wird hier schon der offen faschistische Geist gepflegt. Die SPD-Führer haben ihre Ehre darin, das Arbeitsdienlichkeitsprogramm der Nazis durchzuführen.

Wir appellieren an alle sozialdemokratischen Anhänger, diesem Kurs ein Ende zu bereiten und mit den Kommunisten gemeinsam in Antifaschistischer Aktion zu kämpfen. Das ist der Sozialismus, der vernünftig ist!

Neu erschienen: Heft 7/8
Die Internationale
 Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
 mit folgenden wichtigen Artikeln:

Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD
 Die Reichstagsreden vom 31. Juli 1932 — Die Voraussetzungen unserer Wahlziele — Unser Durchbruch in der Anwendung der Einheitsfronttaktik — Ein Erfolg unserer ideologischen Offensive — Fortschritte im Kampf gegen den Hitlerfaschismus — Wo liegt die Hauptgefahr unserer Partei? — Die neue Etappe der Antifaschistischen Aktion — Vor entsetzlichen Kämpfen.

G. Henrykowski: Die Lehren der letzten Streikwelle in Polen
Wilhelm Florin: Fragen unserer Einheitsfrontpolitik
Weltwirtschaft und Weltpolitik im 1. Halbjahr 1932
 Der Stand der Weltwirtschaftskrise — Der Einfluß der Krise auf die Struktur der Wirtschaft Deutschlands — Die Verschärfung der Klassen- und imperialistischen Gegensätze und die Kriegsegefahr.

Jeder Parteiarbeiter liest und verbreitet
„DIE INTERNATIONALE“
 Sofort besorgen, oder vorbestellen. Einzelhefte 20 Pf.

Jetzt ist es genug!

Jetzt muß angegriffen werden! Proleten, wollt ihr, daß eure Kinder auf Grund der Besetzungsmassnahmen sterben, weil es Arbeiter wollen? Es nützt nichts, wenn ihr nur ein paar

